Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Auf dem *innenpolitischen Felde* ist als sehr wichtiges Element die infolge der *Erhöhung des Milchpreises* um 3 Rappen geschaffene politische Lage zu erwähnen. Mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß mit jenem Beschluß des Bundesrates ein außerordentlich bedeutsamer Entscheid gefällt worden ist, durch welchen das Nominaleinkommen der Landwirtschaft eine Verbesserung um ungefähr 60 Millionen Franken pro Jahr erfährt, wie in der Presse errechnet wurde. Politisch bedeutsam ist dabei, daß die Landwirtschaft sich auf diese Weise gemäß ihrem eigenen Eingeständnis der gegenwärtigen Konjunkturlage anzupassen, diese also ebenfalls auszunützen sucht. Dadurch aber erscheinen die bäuerlichen Ansprüche auf eine verfassungsmäßige Sicherung für die Zukunft zweifellos in einem neuen Licht. Bisher sind sie nämlich immer mit dem Argument vertreten worden, man wolle nicht Anpassung an die Konjunktur, sondern einfach stabile Verhältnisse. Inzwischen wird in der Presse einmütig festgestellt, daß durch die Bewilligung einer derart starken Erhöhung des Milchpreises die bereits bestehende Teuerungslage einen weiteren Auftrieb erfahren muß, weil es sich beim Milchpreis bekanntlich um eine ausgesprochene Schlüsselstellung handelt. Die Maßnahme des Bundesrates hat im übrigen jenen kritischen Stimmen neuen Auftrieb gegeben, welche in diesem ausschlaggebenden Sektor der Preisgestaltung einen klaren Kurs seitens der Landesregierung vermissen. Wie man hört, ist denn auch der Entscheid des Bundesrates mit einer knappen Mehrheit gefallen, und es ist bekannt, daß sich vor allem der Chef des Volkswirtschaftsdepartements mit aller Energie, und bis zum Schluß, gegen eine derart massive Erhöhung des Milchpreises gewandt hat. Indessen wird man nun die Auswirkungen der Maßnahme auf das Preisgefüge und damit auf den Lohnsektor — wo es eben erst wieder etwas ruhiger geworden ist — abzuwarten haben, und mit besonderer Spannung mag man dann auch den weiteren Maßnahmen des Bundesrates in diesem ausschlaggebenden Bereiche entgegensehen. Irgendwie wird man dabei auch auf einige nicht ganz unbegründete Argumente in der Kampagne des Herrn Duttweiler eintreten.

Entsprechend der starken Bedeutung des Entscheides in Sachen Milchpreis werden seine unmittelbaren politischen Auswirkungen kaum sehr lange auf sich warten lassen. Wer die Konsumentenpresse, und insbesondere auch die Gewerkschaftsorgane verfolgt, wird sich darüber bald im klaren sein. Bereits ist in der Presse der Arbeiterschaft wieder eine scharf gegen die Landwirtschaft gerichtete Stimmung festzustellen, und zwar auch in Organen, die im allgemeinen für ihre Zurückhaltung bekannt sind. So hat die Erhöhung des Milchpreises die gerade in jüngster Zeit von gewissen Gruppierungen in der Führung unserer Linken stark geförderten Bestrebungen auf ein rot-grünes Zusammenspiel — um nicht «Allianz» zu sagen — wahrscheinlich auf geraume Zeit zunichte gemacht. Darüber hinaus aber werden die politischen Folgen des Entscheides in aktuellen Bereichen des schwerwiegenden Ernstes nicht entbehren. So wird heute wohl niemand mehr der Vorlage über die Errichtung einer *zweiten Zuckerfabrik* — das Referendum ist inzwischen zustande gekommen — eine große Chance geben wollen, auch nicht in Kreisen der

Landwirtschaft selbst. Was aber noch beträchtlich schwerer wiegt, das sind die möglichen, ja wahrscheinlichen Auswirkungen mit Bezug auf die Volksabstimmung über die *Wirtschaftsartikel;* denn dadurch, daß die Landwirtschaft sich nun auch an der Konjunktur beteiligt, hat sie eben ihrer Forderung, wie sie in den Wirtschaftsartikeln Gestalt angenommen hat, zu einem gewissen Teile in der Meinung vieler Leute sicher den Boden entzogen. Auf Seiten der Landwirtschaft wird man eine solche Schlußfolgerung sicher bestreiten; allein damit wäre für die Sache selbst wenig gewonnen. Denn das entscheidende liegt in den psychologischen Auswirkungen der Maßnahme, und da muß man nur etwas in Konsumentenkreisen herumhorchen. Diese Stimmkraft aber ist es, die schließlich bei den kommenden Entscheidungen den Ausschlag gibt.

Auf dem Felde der *internationalen Politik* sind für die Berichtsperiode wenig markante Ereignisse, dafür umso mehr wichtige, auch heilsame Reden und Erklärungen zu vermerken. In *Griechenland* soll nun im Gefolge der Abstimmung der vom Glück wenig begünstigte König seinen gefährlichen Einzug halten. Das dürfte eine ziemlich problematische Sache werden, und nicht mit Unrecht schrieb die «Appenzeller Zeitung» als Titel ihres Kommentars zu dem Plebiszit: «Es gibt keinen wackligeren Thron als den griechischen».

Die Entwicklungen im Bereiche der *Friedenskonferenz* sind nicht als ungünstig zu bezeichnen. Gewiß bleiben viele Probleme ungelöst, aber es ist nicht gesagt, daß dies, von unserem Standpunkt unseres Westens aus betrachtet, unbedingt in jedem Falle ein Nachteil sein muß. Sicher jedenfalls gilt diese Überlegung in der Angelegenheit der *italienischen Kolonien,* die nun gemäß dem Antrag der Großmächte um ein Jahr zurückgestellt ist, und sie dürfte am Ende auch gelten hinsichtlich der Frage von *Triest,* deren Entscheidung ja aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls hinausgeschoben werden muß. Im übrigen wird erst der endliche Abschluß der Konferenz, der schließlich doch einmal kommen muß, ein begründetes Urteil erlauben. Durch äußerlich unerfreuliche Dinge, durch Streitigkeiten und ähnliches, darf man sich nicht allzusehr stören lassen.

Während also die tatsächlich gefallenen Entscheidungen auf dem internationalen Felde für diesmal kaum ins Gewicht fallen, ist die große bestehende Spannung, die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, Gegenstand einer sehr bedeutsamen und alles in allem nicht unfruchtbaren Diskussion geworden. Nachdem man eben noch von dem Besuche des Feldmarschalls *Montgomery in den U.S.A.* gelesen hatte, der zum Zwecke einer weitgehenden Koordinierung der beiderseitigen Streitkräfte unternommen worden war, und nachdem das Gerücht von massiven amerikanischen *Militärmaßnahmen in der Arktis* weitgespannt umging, ertönte die Stimme des Handelssekretärs der Vereinigten Staaten, *Wallace.* Der Minister warnte sein eigenes Land und Großbritannien vor den Gefahren der imperialistischen Politik. Begreiflich, daß diese Rede und der in derselben Richtung zielende Brief des Ministers an seinen Präsidenten hier und dort unliebsames Aufsehen erregte, besonders auch in London, wo man eben dabei ist, den alten Imperialismus in verschiedenen Zonen abzubauen. Begreiflich auch, daß der Minister am Ende gehen mußte, nachdem er sich in einen gewissen Gegensatz zur Politik des Staatsdepartementes, also zur *Politik Byrnes,* gesetzt hatte. Immerhin stellte sich in der Folge heraus, daß der Gegensatz zwischen den beiden außenpolitischen Tendenzen gar nicht so tiefgehend ist, wie es ursprünglich den Anschein hatte. Mag man im übrigen die Rede des Herrn Wallace mit verschiedener Kritik begleiten, —

es läßt sich nicht bestreiten, daß der Minister damit die immer schwerer zu ertragende Spannung einigermaßen gelöst hat. Er hat die Diskussion in Fluß gebracht. Jedenfalls sind die folgenden Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten durch diese Rede irgendwie angeregt, oder beeinflußt worden. Das gilt einmal von der Rede des ehemaligen britischen Staatssekretärs *Eden,* die denn auch bei aller Festigkeit gegenüber der Sowjetunion doch irgendwie versöhnlich klang, das gilt sicher auch von den interessanten Erklärungen, die *Stalin* gegenüber einem englischen Korrespondenten abgegeben hat. Weitherum ist auf Grund dieser seltsamen Erklärungen aus dem Kreml eine optimistische Stimmung entstanden. Vielleicht zu Unrecht. Denn man wird kaum behaupten können, daß Stalin in seiner gewohnt ironischen Art irgend etwas gesagt hätte, das auf eine Änderung der russischen Politik schließen lassen könnte, zumal auch die Äußerungen des Moskauer Rundfunks und der Moskauer Presse ihren angriffigen Ton seither keineswegs geändert haben. Auch enthält die Erklärung Stalins nicht nur verschiedene Spitzen, sondern ebenfalls einige Unklarheiten. Gleichwohl wird man als positives Element wie im Falle Wallace erkennen können, daß sich die erstarrten Fronten etwas gelöst haben, und die Unterhaltung nunmehr in Fluß gekommen ist. Damit wäre schon einiges gewonnen. Freilich — die großen Gegensätze bleiben vorerst bestehen. Die *Rede Byrnes in Stuttgart,* die inzwischen aus der allgemeinen Beachtung bereits wieder etwas entschwunden ist, sowie die nachfolgenden Reaktionen von russischer und von polnischer Seite haben dies deutlich erkennen lassen. Und diese Gegensätze werden bestimmt mit aller Macht aufbrechen, wenn einmal die Diskussion um das Zentralproblem, die *Zukunft Deutschlands,* praktisch an Hand genommen wird. Gelingt es nun, bis dahin die Atmosphäre etwas zu entladen, so wären einige Voraussetzungen erzielt, um am Ende sogar das fertig zu bringen, was einmal fertig gebracht werden muß: den Friedensvertrag mit Deutschland oder um Deutschland unter Dach zu bringen. Um diese Voraussetzung geht es heute: *«Der wahre Friedensvertrag, den wir jetzt am dringendsten brauchen, ist der zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion»* — erklärte Wallace in seiner Rede. Wir hoffen, daß dieses Ziel erreicht werde, damit *das Gerede vom nächsten Krieg* endlich ein Ende nimmt.

Zürich, den 27. September 1946.

Jann v. Sprecher.

Brief aus England

Der Monat August brachte eine auf den ersten Augenblick seltsam anmutende Erscheinung, soweit es Großbritannien angeht: auf der einen Seite zeigte die englische öffentliche Meinung zum ersten Mal seit langer Zeit wiederum das allergrößte Interesse an außenpolitischen Fragen — auf der andern Seite jedoch muß die englische Außenpolitik gerade in den letzten Wochen als sehr viel weniger aktiv erschienen sein, als dies noch vor einigen Monaten der Fall gewesen war. Der Grund für diesen scheinbaren Widerspruch ist leicht zu finden. Die britische Arbeiterpartei ist nunmehr schon ein ganzes Jahr am Ruder und das zu Ende Juli in Ferien gegangene Parlament hat ein riesiges Programm neuer Gesetzgebung durchgesprochen und verabschiedet. Somit konnten die bisher im Vordergrund stehenden Fragen der Innenpolitik für einen Augenblick zurücktreten und einer öffentlichen Aussprache über die Außenpolitik Platz machen. Diese Aussprache hat dann auch allerorten im Lande stattgefunden und — so sei zugleich als Schlußfolgerung hinzu-

gefügt — hat zu einer verblüffenden Einmütigkeit geführt. Seit dem Sommer 1940 ist die englische Öffentlichkeit von der Richtigkeit der Politik ihres Außenministers nicht in gleicher Einmütigkeit überzeugt gewesen. (Auch erinnere ich mich keiner Zeit, in der die Kommunistische Partei in Großbritannien so einflußlos gewesen, als sie dies heute ist — nicht einmal von 1939 auf 1940 konnte sie so wenig Gefolgschaft finden.)

Wie aber steht es mit der scheinbaren Zurückhaltung Großbritanniens auf außenpolitischem Gebiet? Zum ersten Mal seit sehr langer Zeit — man zögert ein Jahr zu nennen: aber vielleicht müßte man in die Vorkriegstage zurückgehen, in denen Roosevelts Stimme zu uns über den Ozean sprach — hat England es den Amerikanern überlassen können, Entscheidungen zu fällen und ein klares Aktionsprogramm aufzuzeichnen. Letzten Herbst noch, auf der Londoner Konferenz, mußte *Ernest Bevin* den Russen ein «Halt!» zurufen und die ganze Konferenz lieber auffliegen lassen, als den russischen Forderungen nachzugeben. Letzten Dezember gar mußte er seinem amerikanischen Kollegen nach Moskau folgen und still zusehen, wie Herr *James Byrnes* versuchte, bei allen russischen Forderungen von der Mongolei, durch Nordchina und Korea nachzugeben; damals mußte London es erleben, wie der ganze europäische Osten und der Balkan wortlos den Russen überantwortet wurde; damals hofften eben amerikanische Politiker und Wirtschaftsführer (und der Handelsminister Wallace!), daß auf diese Weise nicht nur der Weltfriede erreicht werden, sondern auch ein riesengroßer amerikanisch-russischer Handelsaustausch in die Wege geleitet werden könnte. Englands ähnliche Hoffnungen waren damals, im Dezember 1945, bereits tot und begraben. Aber Amerika mußte selbst den gleichen Versuch der Befriedigung aller russischen Wünsche machen und mußte selber in der harten Schule der Erfahrung lernen, daß dieser Weg der Erfüllungspolitik vor den Wünschen Stalins nicht zum Frieden, sondern nur zu weiteren Stärkungen russischer Machtpositionen führt. Diese Lehre hat Amerika mittlerweile an sich selbst erlebt: auf diese Weise, und nicht etwa durch gerissenes Jonglieren (wie dies Herr Molotow, ein Künstler des diplomatischen Positionbeziehens, wohl glaubt), befinden sich heute die englische und amerikanische Außenpolitik im gleichen Fahrwasser. Auf diese Weise kam es dahin, daß Ernest Bevin es seinem amerikanischen Kollegen überlassen konnte, die von beiden als einzig möglich erkannte Politik zu vertreten: die *Rede in Stuttgart,* in der Byrnes die Politik der beiden großen Westmächte in Europa festlegte, hätte Wort um Wort auch von Bevin gehalten werden können (von einigen technischen Einzelheiten der kommenden deutschen Verfassung abgesehen).

Und Rußland? Molotow war von der Rede des amerikanischen Außenministers unterrichtet worden; er wußte, daß sowohl England als auch Amerika nunmehr entschlossen sind, das alte russische Spiel des weiteren Vordringens in Europa nicht mehr hinzunehmen; daß sie weiter die äußersten Anstrengungen machen wollen, die Einheit Europas zu retten. Wollte Rußland sich dieser Politik der Vereinheitlichung Europas — der Niederreißung aller Mauern zwischen östlicher und westlicher Zone — anschließen? Um dieser Frage willen unterbrach *Molotow* seinen Pariser Aufenthalt und flog nach Moskau. Er brachte ein Nein zurück. Dieses Nein übermittelte er seinen beiden Kollegen nicht einmal persönlich — obwohl er Bevin vor dessen Rückkehr nach London (zur Palästinakonferenz) sah. Er ging vielmehr in den Ausschuß, der sich mit den italienischen Grenzen beschäftigt, erhob sich, um — angeblich — seinen Plan für ein eng mit Jugoslawien verbundenes Triest zu verteidigen und brach statt dessen in einen einfach wüst zu nennenden Angriff auf englischen Imperialismus, Militarismus, britische Kolonialpolitik und dergleichen aus. Seit den Tagen des unseligen Goebbels hat die englische Öffentlichkeit keine solchen Worte über britische Kolonialpolitik mehr vernommen. Dies war Rußlands Nein zu dem bisher letzten Versuch, das Gespräch zwischen den Großen Drei wieder in Gang zu bringen. «Herrn Molotows Bemerkungen», so schrieb deshalb der Pariser Korrespondent der Times, «sind in London zur Kenntnis genommen worden und werden

an passender Stelle, nicht in jenem Unterausschuß der Pariser Konferenz, beantwortet werden».

Ohne Zweifel hat sich auf diese Weise die internationale Lage weiter verschlechtert und die auf den Frieden wartende, sich um den Frieden bangende Welt sieht trüber denn je. Es ist deshalb nur zu verständlich, daß *Henry Wallace,* dem natürlich weder die nun entscheidend vorwärtsdrängende Politik seines Landes in Europa entgehen konnte, der auch das russische Nein zu dieser Politik nur allzu laut von seinen Freunden zugetragen bekam, — daß also dieser temperamentvolle Mann sprach — aufschrie, müßte man wohl richtiger sagen. Seine Motive sind edel, rein und gut: aber der von ihm gewählte Augenblick so falsch wie nur je ein Augenblick hätte sein können. Er hat vergessen, daß den ganzen Krieg hindurch, ja einschließlich alle Monate des Jahres 1945, den Russen jeder Wunsch erfüllt wurde; er hat vergessen, daß, bis zur Rede des Staatssekretärs Byrnes, alle in Paris behandelten Fragen außerhalb des bereits von den Russen zum vornherein annektierten Raumes lagen, es sich nur um Grenzgebiete der russischen Zone handelte — bis zur Stuttgarter Rede: dort ist zum ersten Mal, in den Worten über die polnische Grenzziehung, aus dem «westlichen» in den «östlichen» Raum des Europas der Zukunft, des Vereinigten Europas, hinübergegriffen worden.

Wie seltsam ist das Schicksal dieser drei Männer — *Truman, Wallace, Byrnes.* Alle drei waren Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten unter Roosevelt: Wallace, der dies Amt innegehabt, wurde seiner übersprudelnden Lebhaftigkeit wegen, seiner linksradikalen Unberechenbarkeit wegen nicht wiedergewählt: Byrnes trat zugunsten Trumans zurück, da Truman als der farbloseste der drei die meisten Stimmen einer geeinten Partei auf sich zu ziehen vermochte. Wie schwer muß es heute für diese drei Männer sein, sich voneinander abzusetzen und eine Wahl zu treffen. Die englische Öffentlichkeit wartet mit Spannung darauf, ob es gelingt, die breit unterbaute Außenpolitik von Byrnes als überparteiliche Politik weiterzuführen.

Während sich die *Zukunft Europas* langsam klärt — sagte nicht Marschall Smuts in seiner Rede in Aberdeen: «Die Deutschen müssen in unsere westliche Welt wieder eingeführt werden, sonst sind sie verloren und es entstünde dann ein gefährlicher Hohlraum in Europa ...» — bleibt die *Lage im Nahen Osten* weiterhin ungeklärt. Einen Augenblick schien es, als ob Amerika und Großbritannien sich auch hier auf einem gemeinsamen Nenner gefunden hätten. Die Grundlage dieser Besprechungen jedoch erwies sich als zu schmal. Die Fachmänner Amerikas und Britanniens, die einen neuen *Palästina-Plan* ausgearbeitet und einmütig empfohlen hatten, fanden nicht die Zustimmung der Truman'schen Regierung: der Plan war aus Gründen der bevorstehenden Herbstwahlen Amerikas für die besonders in New York so gefährdete demokratische Partei untragbar. Trotzdem wird auch hierüber ein neues englisch-amerikanisches Gespräch nötig werden. Mittlerweile stützen beide Mächte *die türkische Stellung* und ermöglichen es den Türken, sich zu weigern, den Russen militärische Stützpunkte um das Marmarameer einzuräumen. Die fast unlösbare Palästinafrage muß von London allein weiter behandelt werden — vorerst wenigstens. Die *englisch-ägyptischen Verhandlungen* (geführt von Lord Stansgate, dem besser als Mr. Wedgwood Benn bekannten früheren Indienminister der zweiten MacDonaldregierung) gehen gleichfalls weiter. Eine Gesamtreglung der Fragen des Mittleren Ostens jedoch kann dieses Jahr kaum noch erwartet werden.

Schweift der Blick weiter, nach *Indien,* so erscheint, von London aus gesehen, dort die Erfüllung eines alten Versprechens —: zum ersten Mal seit den Tagen der Moghuls, also seit über zwei Jahrhunderten, steht ein Inder an der Spitze seines Landes! So wie das einst eroberte Kanada ein freies, unabhängiges Land geworden; so wie die einst im Krieg niedergeschlagenen Buren ein selbständiges Staatswesen schufen — so sollen nun die Abermillionen Inder sich einen neuen, großen Staat erstellen: vielleicht wird das Jahr 1946 gerade wegen dieser gewaltigen Wandlung in die Geschichtsbücher eingehen? Es erscheint London wie Hohn und Spott, daß der

Vertreter Rußlands, also des Landes, das sich in Europa allein Ländermassen einverleibte, die vor dem Krieg von etwa 23 Millionen Menschen besiedelt waren, von britischem Imperialismus zu sprechen wagt in einem Augenblick, in dem Indien zur Freiheit emporsteigt.

Stanford Hall, Loughborough (England), 20. September 1946.

F. W. Pick.

Militärische Umschau

Es war verständlich, daß, nach Aufhebung der militärischen Zensur, lebhafte Diskussionen über Armeefragen einsetzten. Sie erinnern in mancher Beziehung an die Zeiten nach 1918. Während aber damals die Notwendigkeit der Armee vielfach angezweifelt wurde, wagt heute niemand, dies öffentlich zu sagen. Da aber die Armee in ihrer jetzigen Gestalt nicht nur gutgesinnte Kritiker, sondern auch verkappte Feinde zählt, wird alles mögliche lächerlich gemacht, oder gar heruntergezogen. Die Wirkung ist destruktiv. In der Februarnummer dieser Zeitschrift wurde an einen Aufsatz der «Allgemeinen Schweiz. Militärzeitung» vom Jahre 1929 erinnert, in dem die bemerkenswerten Sätze zu lesen waren: «Kritik ist ein Segen für unser Wehrwesen» und «Eine sachkundige und tätige Heeresleitung fürchtet die Kritik nicht». Wer sich aber in den letzten Monaten im Blätterwald umgesehen, muß feststellen, daß die Kritik vielfach überbordete. Nicht etwa nur in vereinzelten Blättern der Linken, die bisweilen einzelne Vorkommnisse verallgemeinern oder aus parteipolitischen Gründen ausschlachten. Ein entsprechendes typisches Beispiel bot in jüngster Zeit die «Berner Tagwacht». Ihre Schilderung, wonach die Peitsche als Erziehungsmittel bei einem Rekruten Verwendung gefunden, wurde durch eine amtliche Erklärung des E.M.D. richtiggestellt. Darnach hatte sich die Sache ganz anders ereignet. Aus einem verdreht dargestellten Vorfall war eine kleine Sensation gemacht worden, um den Offizieren wieder einmal eins auszuwischen. Wenn aber in der Septembernummer von «Volk und Armee» ein Mitarbeiter mit einigen wenigen Sätzen die Bedeutung unserer Luftwaffe verneint und kurz und bündig die Folgerung zieht «Darum müssen wir in Zukunft auf eine Luftwaffe verzichten», verdient ein solches Urteil die Charakteristik «Defaitismus».

Besondere Wellen warfen in den letzten Monaten das Thema Demokratisierung, die Forderung eines neuen Dienstreglements, die Armeereform und vor allem der Generalsbericht.

Das Postulat *«Demokratisierung»* ist alten Datums. In seinem Bericht über den Aktivdienst 1914/18 schrieb General Wille, der Ruf nach Demokratisierung der Armee sei «eine Erscheinung unserer Miliz, so lange ich überhaupt mich zurückerinnere», und er stellt fest, dieses Verlangen sei nur ein Schlagwort des Parteikampfes. General Herzog sagte: «Es gibt keine demokratischen Armeen. Es gibt nur solche, die um demokratische Zwecke kämpfen», und unser Generalstabschef im letzten Weltkrieg, Sprecher v. Bernegg, äußerte sich: «Die Vorstellung von einem spezifisch schweizerischen demokratischen Geiste, der ebenso sicher militärische Erfolge verbürgt wie das auf Gehorsam gegründete Gefüge großstaatlicher Heere, ist eine Halluzination, die am ersten Schlachttage die schmerzlichste, blutige Enttäuschung zur Folge hätte». Kurz nach dem letzten Weltkrieg hielt der damalige Oberleutnant und jetzige Nationalrat Armin Meili in Luzern einen im Druck erschienenen Vortrag über «Die Demokratisierung der schweizerischen Armee», der auch heute noch hilft, unsachliche Argumente wirksam zu entkräften.

Nun glaubte eine kleine Gruppe jüngerer Offiziere, das heute gültige *Dienstreglement* (D.R.) biete besondere Angriffsflächen und ein neues D.R. werde die — ihrer Ansicht nach — notwendige Reform des Geistes der Armee herbeiführen. Wenn sie ein ausgearbeitetes Projekt an die zuständigen Stellen einreichte, ist dies

nur recht und billig, aber gleichzeitig einzelne Abschnitte in der Presse zu veröffentlichen, wie z. B. in der Septembernummer von «Volk und Armee», ist unkorrekt. Die Kritik gegen unser D.R. kann leicht widerlegt werden. Man lese z. B. dessen Z. 33, 34 und 48. Gewiß ist auch im Militärdienst nicht alles so ideal bestellt, wie es gerade unser D.R. fordert. Aber da liegt die Schuld an der menschlichen Unzulänglichkeit und nicht an den hervorragenden pädagogischen Grundsätzen des Reglements. Die Kritik rennt geradezu offene Türen ein, so daß die Vermutung nahe liegt, die Grundsätze unseres D.R. seien selbst den Kritikern nicht mehr genau bekannt. Gerade beim Kampf gegen das jetzige D.R. behaupteten dessen Gegner, es handle sich auch hier um ein Generationenproblem! Da ist es erfreulich zu hören, daß jüngst an einer Versammlung in Kilchberg ein *junger* Offizier in seinem Vortrag sagte, «das zu Unrecht oft angefochtene Dienstreglement sei eines der modernsten und mustergültigsten, wenn es sinngemäß angewendet werde» (NZZ 24. 9. 46, No. 1705). Wenn das Septemberheft von «Volk und Armee» den «neuen freieren Soldatenstil» Montgomerys rühmt, im Gegensatz zum «sattsam bekannten Militärstil» des Ausbildungschefs, schadet es nicht, an ein Bulletin der Sektion «Heer und Haus» vom 28. 9. 44 zu erinnern, aus dem hervorging, daß Montgomery «für seine Untergebenen, auch für seine Stabschefs unnahbar» sei und diese zu ihm nur Zutritt haben, «wenn sie gerufen werden».

Hinsichtlich *Armeereform* hat Bundespräsident Kobelt vor kurzem am Comptoir Suisse in Lausanne mit vollem Recht gesagt: «Wir sind aber gut beraten, wenn wir Bestehendes, Bewährtes nicht aufgeben, bevor das bessere Neue an seine Stelle treten kann. Die Regierung muß die Gewißheit haben, daß sie jederzeit über eine einsatzbereite Armee verfügen kann». Tatsächlich ist seit Kriegsschluß schon vieles geschehen, und eine neue Truppenordnung wird noch vor der ordentlichen Herbstsession den eidgenössischen Räten vorgelegt. Es handelt sich hiebei in der Hauptsache um die gesetzliche Fundierung der heute bestehenden Verhältnisse und um die Einführung einiger Neuerungen. Die Truppenordnung 1946 bildet die *Brücke* zwischen der bisherigen Truppenordnung 1936 und derjenigen der Zukunft. Eine wesentliche Neuordnung der Armee ist heute noch nicht möglich. Studium und Abklärung der Kriegserfahrungen brauchen Zeit, und eine Armeereform kann und darf nicht aus dem Handgelenk geschüttelt werden. Die Bedeutung der Technik sollte hierbei nicht überschätzt werden. Wir erinnern an den vortrefflichen Aufsatz von Hptm. Rickenmann «Techniker oder Soldat?» (NZZ 30. 5. 46, No. 953). Auch ist es tröstlich für uns, daß General Jung, Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, am nationalen Feiertag des Landes sagte, «lebende Menschen könnten nicht durch Maschinen ersetzt werden. In erster Linie müsse daher jeder schwedische Mann ausgebildet und im Bedarfsfalle bewaffnet werden» (NZZ 8. 6. 46, No. 1012), und Montgomery in seinem Bericht über die Invasion in Nordfrankreich und die Schlacht um Deutschland schrieb: «Der größte Faktor, der zum Erfolg des einzelnen Soldaten im Kriege führt, ist die Moral des Kämpfers» (Basler Nachrichten, Morgenblatt 5. 9. 46). Die Frage, wieweit die vorgesehene Abänderung der Militärorganisation wirklich nur Fortschritte bringt, ist umstritten (Botschaft des Bundesrates vom 6. 9. 46). Der Verzicht auf den Armeeinspektor wird in der «Gazette de Lausanne» vom 13. 9. unter dem Titel «Simple question de bon sens» verurteilt, und man kann sich tatsächlich des Gefühls nicht erwehren, daß personelle Gründe gegenüber der prinzipiellen Frage den Ausschlag gegeben haben. Bei der Schaffung des Postens eines Armeeinspektors würden die Kompetenzen der Zivilgewalt nicht in Frage gestellt. Oder glaubt jemand im Ernst, Bundesrat Minger hätte je einer Vorlage zugestimmt, die unsere demokratischen Institutionen im geringsten gefährdet hätte? Einen Fortschritt bringt im großen Ganzen die gesetzliche Verankerung der bereits durchgeführten Organisation des Militärdepartements, während das Fallenlassen der 1939 durch Gesetz bereits beschlossenen Ausdehnung der außerdienstlichen Schießpflicht auf den Landsturm einen Rückschritt bedeutet.

In organisatorischer Beziehung brachten die weitere Fortführung der Motorisierung zahlreicher Artillerieformationen, die Vereinheitlichung der Exerziervorschriften und die Projektierung des Ausbaues verschiedener Waffenplätze einen Fortschritt. Hier verdient der Kanton Waadt ein besonderes Lob, der den Ausbau des Artillerieschießplatzes Bière in jeder Beziehung erleichtert, ganz im Gegensatz zu verschiedenen deutschschweizerischen Kantonen, die den so dringend benötigten Ersatz für den voreilig preisgegebenen, vorzüglichen Schießplatz Kloten-Bülach bis jetzt verunmöglicht haben.

Die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter hat sich auf eine ausführliche Berichterstattung über den Inhalt des *Berichtes des Generals* beschränkt, während die sozialistische Presse und der verblichene «Vorwärts» ihn in tendenziöser Weise ausgeschlachtet haben. Typisch ist hier der Leitartikel der «Berner Tagwacht» vom 5. Juli: «Der Niedergang des Bürgertums». Die umstrittene Frage der fehlenden Operationspläne ist von Montecucoli in der «Tat» vom 30. Juli mustergültig analysiert worden. Da der Generalsbericht in einzelnen Teilen geradezu eine Anklageschrift darstellt, muß vor einer endgültigen Stellungnahme der in Aussicht stehende bundesrätliche Gegenbericht abgewartet werden, der voraussichtlich im Laufe dieses Herbstes vorliegen wird. Das bisherige Schweigen des Bundesrates ist einzig auf S. 3 seiner oben erwähnten Botschaft in der Frage «Armeeinspektor» durchbrochen worden, wobei die Behauptung des Generals, er sei nicht begrüßt worden (Bericht des Generals S. 270), eindeutig widerlegt wird. Daß dem Bundesrat für die Ausarbeitung seines Gegenberichtes entsprechend Zeit gelassen werden muß, ist selbstverständlich. Zwischen Schluß des Aktivdienstes und Vorlage des Generalsberichtes verstrichen zehn Monate.

Das Jahr 1946 ist als ein Jahr des *Marschhaltes* bezeichnet worden. Dessenungeachtet wurden die Schulen und Kurse, außer den Wiederholungskursen, im vorgeschriebenen Umfang durchgeführt. Die Infanterie bildete allerdings nur einen halben Jahrgang aus, weil 1944 1½ Jahrgänge einberufen worden waren und vom jetzigen Jahre an wieder nur Rekruten im 20. Altersjahr ausexerziert werden. Eine Reihe von Truppen führten Umschulungskurse durch (bei der Artillerie drei verschiedene Arten). Gegen die Notwendigkeit der Offizierskurse konnten keine sachlichen Einwendungen vorgebracht werden. Leider entsprach aber das Ergebnis nicht überall den Erwartungen; manche Offiziere kamen enttäuscht nach Hause. Vielleicht gewährten die allgemeinen Weisungen zu viel Spielraum, vielleicht war auch die Aufgabe, über 120 Offiziere während neun Tagen sachgemäß anzuleiten, für einzelne Regimentskommandanten zu schwierig und hätten kürzere, bataillonsweise, unter Oberleitung des Regimentskommandanten durchgeführte Kurse mehr Erfolg gebracht. Das intensive Üben des Gewehrgriffs, das nicht nur bei der Artillerie erfolgte, war auf alle Fälle nicht am Platze.

Für das Jahr 1947 muß mit aller Bestimmtheit die Wiederkehr normaler Verhältnisse, auch hinsichtlich Wiederholungskurse, erwartet werden, sowohl aus militärischen als auch aus staatspolitischen Gründen.

In seiner Zürcher Rede vom 22. September sagte Bundesrat Petitpierre: *«Die heutige politische Situation ist ernst... Wir sind neuerdings in eine sehr kritische Phase eingetreten».* Mögen beim fortschreitenden Ausbau unserer Armee, die für unseren unabhängigen und freien Staat *ein scharf geschliffenes Instrument bleiben muß,* immer wieder Lösungen gefunden werden, die einerseits ein Höchstmaß des Möglichen anstreben und anderseits unserem Volkscharakter, unserer politischen Struktur und unserer militärischen Tradition gerecht werden. *Miles.*